

Kurzanalyse

Juni 2009

Obama: A New Beginning?

Dr. John Bunzl und Dr. Cengiz Günay

Mit den nahezu perfekt ausgesprochenen Grußworten „As-Salamu ‘Alaikum“ leitete Präsident Barack Hussein Obama am 4. Juni vor einer ausgewählten Zuhörerschaft in Kairo seine viel erwartete Rede zu einem Neuanfang mit der muslimischen Welt ein. Obama, dessen Rhetorik stets von Ausgewogenheit und Empathie geprägt ist, streckte damit gleich zu Beginn auf einer emotionalen Ebene die Arme weit nach der arabischen Welt aus. Obamas Rede gilt als der Versuch, einen neuen Diskurs über und gegenüber der islamischen Welt zu initiieren. Für die meisten Kenner der Region war Obamas neuer Ton, nach Jahren eines von 9/11, der Achse des Bösen und ähnlichen Schlagworten geprägten Diskurses eine Erleichterung. Viele Menschen in der Region stehen den Worten aber eher skeptisch abwartend gegenüber. In den folgenden Zeilen findet sich eine Kurzanalyse dazu, warum das so ist, welche Bedeutung die Rede für die muslimische Welt hat, welche realpolitischen Schritte daraus ableitbar sind und vor welchem Hintergrund sie betrachtet werden sollte.

Ein neuer Dialog mit der virtuellen internationalen Muslim Community

Präsident Obamas als historisch betitelte Rede in Kairo gilt als eine klare Distanzierung von der durch neokonservative Berater geprägten Nahostpolitik Bushs. Im Gegensatz zu einer in Washington noch bis vor kurzem gängigen Meinung erklärte Obama, dass man einer anderen Nation nicht ein System, sprich Demokratie, von außen aufzwingen kann. Obama versuchte in seiner Rede an die muslimische Welt dem Antiamerikanismus, den die als arrogant und ignorant empfundene, von neokonservativen Ansätzen geprägte Politik der vergangenen Jahre gefördert hatte, gegenzusteuern.

Die Haltung der islamischen Welt zu den USA ist historisch von einer gewissen Ambivalenz geprägt. Während vor allem die Kinder wohlhabenderer Schichten in der arabischen Welt meist entweder amerikanische Schulen besuchen oder an amerikanischen Universitäten studieren, und dadurch oft eine gewisse Affinität zur amerikanischen Populärkultur und dem amerikanischen Lifestyle entwickelt haben, sind für eine breite Masse an wirtschaftlich benachteiligten Menschen in der islamischen Welt die USA das Symbol eines ungerechten globalen Wirtschaftsystems. Das heißt, dass generell betrachtet, die Eliten in der islamischen Welt eine freundlichere Einstellung gegenüber den USA haben, als dies eine breite Masse an Unterprivilegierten hat.

Die amerikanische Politik nach 9/11 und der zum Teil stark anti-islamische globale Diskurs, der in Folge dominiert hat, hat in der islamischen Welt zu einem Zusammenrücken und einer Stärkung der islamischen Identität gegenüber außen geführt. Auch prinzipiell säkular geprägte Eliten haben sich angesichts einer anti-islamischen Stimmung im Westen offener zum Islam bekannt. **Die Rede Präsident Obamas in Kairo kann als eine Reaktion auf das Entstehen einer virtuellen globalen muslimischen Community in den letzten Jahren gewertet werden.** Nicht nur im Nahen Osten, sondern auch insbesondere unter im Westen lebenden Muslimen hat die Zugehörigkeit zur muslimischen Community die nationale Zugehörigkeit als Identitätsmerkmal überholt. Indem sich Obama nicht nur z.B. an die Ägypter oder die Bewohner der Region, sondern an die nicht genauer definierte muslimische Welt wandte, trug er auch zu einem Trend, der wieder die Zugehörigkeit zu einer religiösen Gemeinschaft als primäres Identitätsmerkmal betrachtet, bei.

Die eigentliche Zielgruppe: die Eliten

Auch wenn sich Obama in seiner programmatischen Rede um einen Neuanfang mit der muslimischen Welt an sich bemüht, so waren die eigentliche *target group* die ökonomischen und politischen Eliten, die sich in den letzten Jahren aufgrund der amerikanischen Nahostpolitik emotional weit von den USA entfernt haben. Obamas Rede sollte sie für eine neue Partnerschaft gegen Extremisten gewinnen. Kritiker im Nahen Osten werfen Obama vor, dass es sich damit im Wesentlichen nur um eine neue Variante des „War on Terror“ geht. Tatsächlich kann eine amerikanische Position gegenüber Extremisten, solange sich alle Muslime als Extremisten diffamiert fühlen, nicht erfolgreich sein. Insbesondere in Afghanistan, Pakistan, aber auch im Irak brauchen die USA, um Extremisten isolieren und bekämpfen zu können, zumindest eine gewisse moralische Legitimierung durch die überwiegend moderate Mehrheit der Muslime.

Unterschiedliche Perzeptionen

Während Obamas anerkennenden Worte für die Rolle des Islam auf dem Weg zur europäischen Renaissance und der Aufklärung vor allem Muslime in Europa erfreuten, da sie klar dem wachsenden islamophoben Diskurs in vielen europäischen Staaten etwas entgegengesetzten, sehen viele Muslime im Nahen Osten die Rede Obamas distanzierter - um nicht zu sagen gleichgültig. Während vor allem für Muslime, die in westlichen Ländern leben, ein Diskurs, der auf Gemeinsamkeiten und Werte aufbaut, erfreulich ist und angesichts eines wachsenden Alltagsrassismus, dessen Ziel meist Muslime sind, das Selbstwertgefühl stärkt, ist unter vielen Bewohnern des Nahen Ostens, die sich seit Jahrhunderten als Spielball westlicher imperialistischer Interessen fühlen, die Skepsis darüber, dass es zu einer tatsächlichen Änderung im amerikanischen Kurs und zu einer praktischen Umsetzung der von Obama angesprochenen konkreten Beispiele kommt, enorm groß. Die Probleme sind so vielfältig und die Erwartungen so groß, dass eine, wenn auch programmatische Rede nur wenig Begeisterung und Optimismus auslösen kann. Obamas Bekenntnis zu Menschenrechten und Demokratie sind für viele Menschen, vor allem jene, die nicht den Eliten angehören, schöne Worte, aber so lange die USA die eigenen autoritären Potentaten als Verbündete stützen, wenig glaubwürdig.

Obamas Eingeständnis der Fehler der Vergangenheit, das Eingeständnis, dass der Irakkrieg ein gewollter Krieg war, sein Hinweis darauf, dass die USA aber weder dort bleiben wollen, noch auf die Bodenschätze aus sind, sowie die Erwähnung, dass die USA falsche Methoden im Kampf gegen Extremismus, wie z.B. die Folter angewandt hatten, sind von vielen wohlwollend aufgenommen worden und vor allem in westlichen Gesellschaften begeistert als ein Neubeginn wahrgenommen worden, was aber für Obamas Glaubwürdigkeit in der muslimischen Welt wohl den Lackmустest darstellt, ist die Haltung der USA im Nahostkonflikt.

Der Lackmустest

Vielen, nicht nur Palästinensern, gehen Obamas Worte, auch wenn sie eine Diskursänderung bedeuten, nicht weit genug. Die meisten in der arabischen Welt fordern nicht nur einen Siedlungsstopp, sondern die Räumung aller Siedlungen, die in den besetzten Gebieten über die letzten Jahrzehnte entstanden sind.

Dennoch, was Obama in Kairo sagte, geht weit über das, was vorher in einem realpolitischen Kontext erwähnt wurde, hinaus. Obama sprach von Rechten und betonte; "selbe Rechte für Israel and Palästina". Auch wenn er eine Anleitung für die Umsetzung eines solchen Ansatzes schuldig blieb, ist die Initiierung eines Diskurses, der auf die Rechte der Palästinenser hinweist, durch einen amerikanischen Präsidenten nicht zu unterschätzen.

Dass die Obama-Administration die Lösung des Nahostkonflikts als eine Vorbedingung für die Lösung anderer Probleme in der Region sieht, liegt nicht im Interesse der israelischen Rechtsregierung unter Benjamin Netanjahu. Obamas Dialogbereitschaft gegenüber dem Iran hat bereits im Vorfeld zu Verunsicherung in der israelischen Öffentlichkeit geführt, wo in den letzten Jahren eine atomare Gefahr, die vom Iran ausgehen könnte, zu einer der zentralen sicherheitspolitischen Fragen bewusst hochgespielt wurde. Die israelische Regierung wird nun in der nächsten Zeit vermutlich alles ihr Mögliche tun, um das Augenmerk vom Konflikt mit den Palästinensern auf den Iran umzulenken.

Die Frage der praktischen Umsetzung

Es stellt sich aber auch die Frage, inwieweit Obama einen auf der diskursiven Ebene eingeleiteten Neubeginn auch gegen den massiven Widerstand bestimmter Gruppen im Kongress, aber auch von Lobbies und anderen Interessensvertretungen, durchsetzen können wird. In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage welche Basis es überhaupt für einen bislang von einer Minderheit vertretenen Ansatz – immer abgesehen von den Universitäten - gibt. Ebenso ist noch offen, ob diese Rede eine neue politische Praxis ankündigt, oder ob sie eine persönliche politische Absichtserklärung darstellt. Dennoch, auch wenn sich die meisten klar sind, dass auf die Worte nun Taten folgen müssen, sollte die Wirkung, die von einem Wechsel von einem Diskurs der Macht zu einem Diskurs der gemeinsamen Werte ausgeht, nicht unterschätzt werden, vor allem dann nicht, wenn er von einem amerikanischen Präsidenten initiiert wird.

Univ. Doz. John Bunzl ist Israel- und Nahost Experte des Österreichischen Instituts für Internationale Politik (oiip) und Autor des Buches „Israel im Nahen Osten“ (Böhlau UTB, 2008).

Dr. Cengiz Günay ist Türkei und Nahost Experte des Österreichischen Instituts für Internationale Politik (oiip) und Autor des Buches „From Islamists to Muslim Democrats?“ (VDM, 2008), Die Geschichte der Türkei. Von den Anfängen der Moderne bis heute“ (Böhlau UTB, Herbst 2009)